INTERVIEW MIT BARBARA KÖNIG, »BREMER HÖHE EG«

»Die Verknüpfung mit persönlichen Daten ist sehr heikel«

Was für Auskünfte werden von Ihnen als Wohngenossenschaft verlangt?

Im ersten Teil der Befragung Angaben zum Gebäude- und Wohnungsbestand, also darüber, welche Gebäude wir wo und mit wie viel Wohnungen besitzen. Diese Informationen halten wir für unproblematisch und haben diese auch schon eingereicht.

Im zweiten Teil der Befragung sollen wir über die einzelnen Wohnungen und deren Bewohner Angaben machen, z.B. zu Namen aller Haushaltsmitglieder, Telefonnummern, Wohnfläche, Zimmerzahl, Art der Beheizung und der sanitären Ausstattung, Beginn des Mietverhältnisses etc.

Wie kam es dazu, dass Sie als Wohngenossenschaft gegen den Zensus 2011 protestieren?

Wir haben im Frühjahr 2010 die Unterlagen für den ersten Teil der Befragung erhalten und wurden dadurch auf den geplanten Zensus aufmerksam. Daraufhin habe ich mir das Gesetz mal näher angesehen und war empört über die Menge der zum Teil sehr persönlichen Daten, die da gesammelt und zum Teil hinter dem Rücken der Menschen zusammengeführt werden. Besonders stört uns, dass die Daten grundsätzlich mit Namen, Geburtsdaten und Telefonnummern versehen werden müssen. Wir erkennen durchaus die Notwendigkeit statistischer Datensammlungen, können aber nicht erkennen, wozu dabei die Personalisierung dienen soll. Wenn man die Fragen des Haushaltsfragebogens nach aktueller Krankheit oder Status im Beruf betrachtet, wird die Verknüpfung mit persönlichen Daten sehr heikel.

In Bezug auf die Daten, die wir als Vermieter abgeben sollen, betrachten wir auch diese als schwierig: aus der Kombination von Haushaltsgröße und Wohnfläche bzw. Zimmerzahl lässt sich einiges über den sozialen Status des Haushalts ablesen – wen geht das etwas an. Die Frage nach dem Mietbeginn und der Haushaltsgröße lässt sich auf der Suche nach Transferleistungsmissbrauch prima nutzen – wir wollen uns aber nicht zu Denunzianten machen lassen. Sehr kritisch aus der Sicht des Vermieters ist auch, dass wir über Sonderwohnformen, wie in unserem Fall eine betreute WG psychisch Kranker und eine Wagenburg Auskunft geben sollen. Vor dem Hintergrund der vielen Datenskandale der letzten Jahre halten wir den Umfang, die Ausführlichkeit und die Umsetzung der Befragung insgesamt nicht vereinbar mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Sie wollen dagegen klagen?

Ja. Wir haben unsere Mitglieder und Mieter darüber aufgeklärt und das Thema bei der letzten Mitgliederversammlung diskutiert. Der Beschluss, dass wir uns auf dem Rechtsweg gegen die Auskunftspflicht wehren wollen, erhielt dort eine Zustimmung von über 90% – trotz der zu erwartenden Kosten.

Bisher gibt es wenig Protest gegen den Zensus 2011 – hoffen Sie, dass sich das durch die Klagen ändert?

Ich hoffe, dass sich das mit dem Näherrücken ändern wird. Spätestens, wenn die ersten Journalisten selbst Auskunft geben sollen, werden sie vielleicht endlich auf das Thema aufmerksam.

Gibt es Pläne für eine Aufklärungskampagne über die Gefahren des Zensus – auch zur Vorbereitung auf die Haushaltsbefragungen?

Wir halten unsere Mitglieder und Mieter über das Thema auf dem Laufenden. Wir haben es auch gegenüber einigen anderen Genossenschaften angesprochen und im letzten Herbst eine Presseerklärung an einige Medien gesandt. Die Resonanz war aber eher bescheiden.

Bekommen Sie Unterstützung?

Von wem?

Vielen Dank für das Interview!